



# HESSISCHER LANDTAG

23. 03. 2016

INA

## **Berichts Antrag des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion**

### **betreffend Bedrohung und Angriffe gegen Flüchtlinge, Anstieg rechter Gewalt und Straftaten sowie Einschätzungen zu rechtem Terror in Hessen**

Laut Statistik des BKA von Ende Januar 2016 sollen sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte binnen eines Jahres verfünffacht haben. 2014 hätten 199 Attacken stattgefunden, von denen 177 einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund hatten. Im Jahr 2015 seien es 1029 Angriffe gewesen, von denen 901 einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund hatten, wobei die Zahlen je nach Zeitpunkt der Berichterstattung leicht variieren. Dennoch entspräche eine Zahl von über 1000 Angriffen pro Jahr täglich drei Angriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft in Deutschland. In der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle von Pro Asyl und Amadeu-Antonio-Stiftung werden für 2015 sogar bundesweit 1239 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte gezählt.<sup>1</sup>

Zur Präsentation der Kriminalstatistik 2015 durch Innenminister Beuth lagen im Gegensatz zu allen anderen Zahlen diejenigen zur politisch motivierten Kriminalität rechts noch nicht abschließend vor. Sie sollten im Februar nach Abstimmung mit dem BKA endgültig in die Statistik einfließen, sind aber bislang im Landtag nicht bekannt geworden. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag (Drucks. 18/7847) hat sich die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Hessen im Januar 2016 im Vergleich zu Januar 2015 mehr als verdoppelt, nämlich auf 43 Straftaten, darunter zwei Gewalttaten. Auch diese Zahlen sind naturgemäß vorläufig, zeigen aber die weiterhin eindeutig steigende Tendenz.

Über eine Reihe dieser auch schwersten Straftaten in Hessen wurde medial berichtet. Demnach wurde auf Flüchtlingsunterkünfte sowohl mit Schreckschusswaffen als auch scharf geschossen (z.B. Hofheim, Viernheim, Dreieich Eichenhain, Beselich-Niedertiefenbach), es wurden Gasleitungen angesägt und Feuer gelegt (z.B. Fulda, Heppenheim), es wurden Hakenkreuze, Tierkadaver und konkrete Morddrohungen gegen Flüchtlinge, Betreiber von Einrichtungen und politische Parteien hinterlassen (z.B. Neuhoof, Hünfeld, Mengerskirchen, Darmstadt, Lahntal-Sarnau, Neu-Isenburg...).

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Gibt es abschließende Zahlen, und wenn ja welche, zu
  - a) Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, einschließlich eindeutig rechter Hintergründe in Hessen 2015,
  - b) politisch motivierter Kriminalität rechts in Hessen 2015,
  - c) der Verteilung dieser Zahlen auf einzelne Deliktfelder, insbesondere Gewalt- und Hasskriminalität?
2. Warum konnten trotz ihrer aktuellen und sicherheitspolitischen Bedeutung die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität rechts - im Gegensatz zu anderen Kriminalitätsfeldern - nicht in die Präsentation der allgemeinen Kriminalstatistik 2015 einfließen?
3. Sind die vorläufigen Angaben der Bundesregierung (Drucks. 18/7847, siehe Vorbemerkung) zutreffend, wonach sich rechte Straftaten in Hessen im Januar 2016 im Vergleich zu Januar 2015 mit 43 Straftaten mehr als verdoppelt haben und um welche zwei Gewalttaten handelte es sich?

<sup>1</sup> Siehe: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/buergerlicher-rassismus-und-rechter-terror-2016-03>

4. Wie beurteilt die Landesregierung diese Zahlen und Entwicklung (1. und 3.) unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten und sieht sie Veranlassung, sicherheitspolitische Maßnahmen zu ergreifen und wenn ja, welche?
5. Bei wie vielen rechten Straftaten seit 2014 konnten Ermittlungsverfahren eingeleitet, Täter ermittelt und gerichtlich verurteilt werden? (Bitte nach Jahren, Delikten und Verfahrensstand aufschlüsseln)
6. Falls eine Antwort auf 5. nicht möglich ist: Welche anderen Möglichkeiten hat die Landesregierung zu evaluieren und mitzuteilen, wie erfolgreich oder nicht erfolgreich die Verfolgung rechter Straftäter ist?
  - a) Ist die Strafverfolgung bei politisch motivierter Kriminalität rechts höher oder niedriger als die sogenannte allgemeine "Aufklärungsquote" von fast 60 % in Hessen?
  - b) Da "Aufklärungsquote" die Ermittlung eines oder mehrerer Tatverdächtiger bedeutet, wie ist die sicherheits- und rechtspolitisch wichtige Frage tatsächlicher Verurteilungen rechter Straftäter zu beantworten?
  - c) Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses enthielten unter anderem die Forderung nach einer Verlaufsstatistik, ebenso wird eine Verlaufsstatistik von polizeilicher Seite gefordert. Beabsichtigt die Landesregierung eine Verlaufsstatistik einführen, oder was spricht aus ihrer Sicht dagegen?
7. Dem Wortsinn nach bedeutet Terror Schrecken verbreiten durch Androhung oder Anwendung von Gewalt.
  - a) Welche Definition legt die Landesregierung und legen die bundesweiten Sicherheitsbehörden zugrunde, um Terror als solchen zu beschreiben und erkennen?
  - b) Kann auch ein Einzeltäter Terror ausüben (beispielsweise Anders Breivik), oder ist nach Ansicht der Landesregierung für Terror eine bestimmte Gruppengröße und Organisationstruktur notwendig?
  - c) Lassen sich die in der Vorbemerkung beschriebenen massenhaften und teils schwersten Straftaten, Drohungen und Morddrohungen gegen Menschen, die Flüchtlingsunterkünfte und politische Parteien mit dem Begriff "rechter Terror" beschreiben?
    - Wenn ja, im politischen oder rechtlichen Sinne und was folgt daraus?
    - Wenn nein, warum nicht?

Wiesbaden, 23. März 2016

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**